

Dezember 2020

# Länderbericht

Länderbüro Polen



## Bewegung(en) in Polens politischer Landschaft

---

### Veränderungen im Parteiensystem deuten sich an

*David Gregosz, Leo Mausbach*

Auf die politische Bühne Polens sind im vergangenen Jahr neue Akteure und Protestbewegungen getreten. Die politische Landschaft in Polen zeichnet sich generell durch eine hohe Volatilität aus. Erlauben die aktuellen politischen Rahmenbedingungen die Etablierung neuer Kräfte oder bringen Sie diese notwendigerweise sogar hervor?

In Polen orientieren sich die parteipolitischen Konfliktlinien nicht am klassischen Links-Rechts-Schema, in dem auf der einen Seite Marktvertrauen und Staatsskepsis mit Wertkonservatismus und auf der anderen Seite Marktskepsis und Staatsvertrauen mit einem linken Wertegerüst einhergehen. Stattdessen steht ein wirtschaftspolitisch und wertemäßig liberales Lager um die Bürgerplattform (PO) einem konservativ-sozialen Lager um die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) gegenüber. Diese Polarisierung hat sich in den vergangenen Jahren noch verfestigt.

Laut der polnischen Nachwahluntersuchung von 2019<sup>1</sup> beträgt das als „links-liberal“ definierte Stimmenpotential 24% und die „rechts-solidarische“ Wählerschaft 41%. Die politischen Überzeugungen der übrigen 35% der Befragten lassen sich nicht eindeutig zuordnen. Von der gestiegenen Wahlbeteiligung infolge der Polarisierung der polnischen Politik profitiert zwar in erster Linie die PiS, gleichzeitig führt die politische Zuspitzung zur Konzentration der Anti-PiS-Stimmen auf die Bürgerplattform als größter Oppositionspartei. Paradoxerweise ist deshalb beiden großen Parteien an der Konfrontation gelegen, was von politischen Mitbewerbern als „Duopol“ kritisiert wird.

Der ideologische Grundkonflikt zwischen PO und PiS beruht auf einer konkurrierenden Beurteilung der Transformationsphase nach dem Ende des Kommunismus und ihrer gesellschaftlichen Folgen. Die Protagonisten beider Parteien entstammen der Solidarność-Generation, in der bis heute Uneinigkeit über die Verhandlungsergebnisse herrscht, die am „Runden Tisch“ mit dem kommunistischen Regime erzielt wurden. Das PO-Narrativ tendiert dazu, die politisch-wirtschaftlichen Bedingungen der polnischen Nachwendezeit zu erklären, wogegen die PiS das Zerrbild eines zutiefst korrupten, von Altkadern und Profiteuren bestimmten Staatswesens zeichnet. Dieser Streit ist in seiner gesellschaftlichen Bedeutung vergleichbar mit der Diskussion um die deutsche Treuhandanstalt, in der sich Ungerechtigkeits Erfahrungen der ostdeutschen Transformation spiegeln.

---

<sup>1</sup> Polskie Generalne Studium Wyborcze (PGSW), SWPS, 2019

## Corona offenbart Schwäche des Sozialsystems

Mehr als 30 Jahre nach der Überwindung des Kommunismus ist die junge Generation dieser Diskussionen überdrüssig. In der Gegenwart legt die Corona-Krise die Versäumnisse der beiden großen polnischen Parteien beim Aufbau eines leistungsfähigen Sozialstaats und eines belastbaren Gesundheitswesens offen. Während die Vorgängerregierungen unter der wirtschaftsliberalen Bürgerplattform nicht nur aus fiskalischen Überlegungen heraus stets für einen schlanken - Donald Tusk sprach von einem „billigen“ - Staat eintraten, scheitert die eigentlich als sozialpolitische Alternative gestartete PiS-Regierung in der Corona-Pandemie an sich selbst.

PiS hatte einen solidarischen Staat versprochen, gebaut auf dem Fundament nationaler Identität, religiöser Gemeinschaft und familiären Zusammenhalts. Mit sozialen Leistungen wie dem Kindergeld 500+ oder Medikamentenzuzahlungen für Senioren wurden besonders ärmere Haushalte merklich entlastet. Doch PiS hatte nichts weniger als eine Revolution angekündigt, eine „Vierte Republik“. Die staatlichen Einrichtungen wurden deshalb mit loyalen, aber unerfahrenen Parteigängern besetzt. Anstatt die öffentliche Infrastruktur langfristig besser auszustatten, zahlte die PiS lieber einmalige Zusatzrenten im Wahljahr, um den Machterhalt zu sichern.

Die PO, die während der eigenen Regierungszeit 2007-2015 das Renteneintrittsalter erhöht und den Aufbau eines sozialen Netzes vernachlässigt hatte, wirkte mit sozialpolitischer Kritik an der PiS nie glaubwürdig. So hat die Pandemie jenen Auftrieb verschafft, die sich überzeugend für mehr Teilhabe stark machen. Sowohl die junge polnische Linke als auch die neue zentristische Partei „Polen 2050“ um Szymon Hołownia setzen auf die Verbesserung der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Breite als Antwort auf die gesellschaftlichen Ungleichheiten im Land. Die Corona-Pandemie könnte somit nicht nur einen Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik beschleunigen, sondern auch den Aufstieg einer neuen Politikergeneration, die die Marktwirtschaft grundsätzlich befürwortet, aber um die Notwendigkeit sozialstaatlicher Flankierung weiß.

## Wertewandel in der polnischen Gesellschaft

Der Generationswechsel bringt eine weitere tiefgreifende Veränderung mit sich: den Wertewandel. Laut einer internationalen Vergleichsstudie des amerikanischen Pew Research Center von 2018 ist das Religiositätsgefälle zwischen jüngeren und älteren Jahrgängen in keinem Land der Welt so stark ausgeprägt wie in Polen<sup>2</sup>, wo formell etwa 90% der Bevölkerung der katholischen Kirche angehören. In der voranschreitenden gesellschaftlichen Säkularisierung und der damit einhergehenden Liberalisierung lag bisher ein weiterer Grund für die Wahlerfolge der PiS, die sich als Hüterin eines bedrohten traditionellen Wertekanons aus Familie, Glaube und Patriotismus inszeniert. Nun gerät die ideologisch stark aufgeladene Politik der PiS zunehmend in die Defensive, weil sich die gesellschaftlichen Einstellungen sukzessive verändern.

Ende Oktober kündigte Julia Przyłębska, Präsidentin des von der PiS mehrheitlich besetzten Verfassungsgerichts und eine Kaczyński-Vertraute, den seit 1993 bestehenden Abtreibungskompromiss auf. Die Entscheidung löste in Polen eine der größten Protestwellen seit dem Ende des Kommunismus aus. Der „Frauenstreik“ gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts brachte, trotz Pandemie, Menschen im ganzen Land auf die Straße, in großen wie in kleinen Städten und mobilisierte zum ersten Mal weite Teile der jungen Generation zu Anti-Regierungsprotesten. Das Urteil war das erste Ergebnis der PiS-Politik, das einen unmittelbaren Eingriff in die persönlichen Freiheitsrechte einer Mehrheit der Polen darstellte.

---

<sup>2</sup> The Age Gap in Religion Around the World, Pew Research Center, 13.06.2018

Die politische Linke, die den Frauenstreik organisierte, gewann ein neues Selbstbewusstsein. Zwischen den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren hinter den Demonstrationen bestehen aber relevante politische und persönliche Differenzen. Es ist deshalb nicht zu erwarten, dass aus den Protesten eine bleibende Formation hervorgeht. Auch konnte das linke Parteienbündnis bisher nicht in den Umfragen profitieren, denn die deutliche Mehrheit der Polen unterstützt zwar den Protest<sup>3</sup>, wünscht sich aber die Rückkehr zum Kompromiss<sup>4</sup>, nicht die von der Linken geforderte weitergehende Liberalisierung des Abtreibungsrechts. So rief der liberal-katholische Politiker Szymon Hołownia als Verfechter des Kompromisses - nicht aber einer Liberalisierung - zur Teilnahme an den Protesten auf. Hołownias Partei spricht sich für eine klare Trennung von Staat und Kirche sowie ein Referendum über das Abtreibungsrecht aus. Auch die Bauernpartei PSL fordert eine Volksabstimmung. Der Bürgerplattform hingegen ist es nicht gelungen, im Streit um den Abtreibungsparagrafen mit einer über Kritik an der PiS hinausreichenden Position oder konkreten Forderungen durchzudringen.

Die katholische Kirche, die das Abtreibungsverbot im Falle genetischer Defekte des Fötus begrüßte, hatte in dieser Frage drei Viertel der Polen gegen sich<sup>5</sup>. Für die Autorität der katholischen Kirche Polens folgte wenige Wochen später mit dem Wiederaufflammen der Debatte um die Vertuschung von Pädophilie ein weiterer schwerer Schlag. Neue Enthüllungen deuten auf ein Wegsehen des polnischen Papstes Johannes Paul II. hin.

In einer aggressiven Fernsehansprache versuchte der PiS-Vorsitzende Jarosław Kaczyński, den Frauenstreik als Angriff auf den Katholizismus als Teil polnischer nationaler Identität darzustellen, jedoch ohne erkennbaren Erfolg. Unter dem öffentlichen Druck entschied sich die polnische Regierung zu dem Winkelzug, das Urteil auf absehbare Zeit nicht im Amtsblatt zu veröffentlichen, wodurch es vorerst keine gesetzlich bindende Wirkung entfaltet. Wie die PiS mit dem Urteil weiter verfahren will, bleibt unklar.

## Zerfallsprozess des Regierungslagers

Bisher hatte die PiS mit hoher Glaubwürdigkeit gepunktet: man konnte damit rechnen, dass die Partei ihre Ankündigungen gegen alle Widerstände umsetzte. Nun musste sich die Parteiführung gleich mehrfach von wichtigen Vorhaben und Entscheidungen zurückziehen. Im Mai erzwang ein Koalitionspartner, den Termin der Präsidentschaftswahl aufgrund der Pandemie zu verschieben. Im September brachten Bauernproteste und Gegenstimmen aus dem Regierungslager ein von Kaczyński forciertes Gesetzespaket zum Tierschutz vorerst zu Fall. Und jetzt das Urteil zum Abtreibungsrecht.

Der sich zuspitzende Konflikt in der „Vereinigten Rechten“ schränkt Kaczyńskis Handlungsspielraum weiter ein (siehe KAS-Länderbericht „Kaczyński ins Kabinett vom 8.10.2020“). Letztlich geht es dabei um die Frage, wer den PiS-Vorsitzenden als Führungsfigur im rechten Lager beerbt. Kaczyński protegirt den moderaten Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki. Dessen Gegenspieler ist der radikale Justizminister Zbigniew Ziobro, Parteivorsitzender der kleinen Koalitionspartei Solidarisches Polen, der für den drastischen Umbau des polnischen Justizwesens verantwortlich zeichnet. Die Autorität Kaczyńskis beruht auf seiner Fähigkeit, die Fliehkräfte der Vereinigten Rechten zu bändigen, sowie auf seinem Gespür für gesellschaftliche Stimmungen, welches der Koalition die Regierungsmehrheit nach der Parlamentswahl im Herbst 2019 und damit den Zugang zu Machtressourcen sicherte. Wenig später konnte sich die PiS auch mit ihrem Kandidat Duda bei der Präsidentschaftswahl durchsetzen. Diesen politischen Erfolgen für die PiS folgten mehrere Fehleinschätzungen und politische Initiativen, die die Bevölkerung bis weit in die Mitte der Gesellschaft aufbrachten.

---

<sup>3</sup> Kantar, 19.11.2020

<sup>4</sup> United Surveys, 03.11.2020

<sup>5</sup> ebenda

Gelingt es Parteichef Kaczyński nicht rasch, im Regierungslager das Vertrauen in seinen Instinkt und sein Talent zur Konfliktbeilegung wiederherzustellen sowie die Nachfolgefrage einvernehmlich zu lösen, ist er und damit die PiS angezählt. Der Machtkampf in der Regierung wird schon jetzt offen ausgetragen. Mit Blick auf das mögliche polnische Veto gegen die Kopplung von EU-Geldern an den Rechtsstaatsmechanismus griff der Justizminister den verhandelnden Ministerpräsidenten kaum verhöhnen an. Ohne Morawiecki beim Namen zu nennen, warnte Ziobro, dass man jetzt „kein Weichling“ sein dürfe. Gegen sinkende Umfragewerte kündigt PiS-Fraktionschef Ryszard Terlecki für das kommende Frühjahr neue politische Projekte an. Noch im Dezember muss aber eine einheitliche Linie gegenüber den Europäischen Partnern beim EU-Haushalt gefunden werden. Wie man hier vorgeht, spaltet das Regierungslager zunehmend. Ausgang offen.

PO-Generalsekretär Marcin Kierwiński rechnet damit, dass der Zerfallsprozess des Regierungslagers noch andauern werde. Dennoch finden auf Oppositionsseite erste Vorbereitungen für den Fall vorgezogener Neuwahlen statt. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es nicht unwahrscheinlich, dass die Regierung vor dem offiziellen Wahltermin im Jahr 2023 zerbricht, da die inhaltlichen wie personellen Spannungen und Flügelkämpfe hoch sind. Die PO wittert dies und will das 20-jährige Bestehen der Partei im Januar 2021 zum Anlass nehmen, um mit einem neuen Grundsatzdokument ihre programmatische Unschärfe zu überwinden sowie ein Konzept zur Regierungsübernahme vorzustellen. Auch in Brüssel gibt es Reflexionen über das Selbstverständnis christdemokratischer Parteien, zu denen die PO zählt. Donald Tusk, Parteivorsitzender der EVP, strebt in der EVP-Familie einen Prozess an, um sich neu über Grundlagen, Werte und Ziele zu verständigen.

Bleibt zu hoffen, dass die PO von diesem Prozess profitiert, denn seit dem Wechsel ihres Ex-Parteivorsitzenden Donald Tusk nach Brüssel leidet die Partei unter anhaltender Führungsschwäche und konnte kaum inhaltliche Akzente setzen, die über eine pauschale Ablehnung der Regierungspolitik der PiS hinausgehen. Der PO-Thinktank Instytut Obywatelski soll daher wieder stärker in die Parteiarbeit einbezogen werden. Außerdem hat der Warschauer Bürgermeister und diesjährige PO-Präsidentschaftskandidat Rafał Trzaskowski im Oktober eine weitere zivilgesellschaftliche Vorfeldorganisation der Bürgerplattform ins Leben gerufen. Seine NGO mit dem Namen „Gemeinsames Polen“ soll „gesellschaftlichen Dialog fördern“ und zur „Professionalisierung der Oppositionspolitik“ beitragen.

## Genese einer christdemokratischen Mitte?

Der Leiter des Meinungsforschungsinstituts IBRIŚ, Marcin Duma, betonte jüngst in einem Interview, dass nur ein politisches Angebot jenseits der PO, das auch PiS-Wähler anspricht, Aussicht auf einen Regierungswechsel biete. In diesem Zusammenhang geistert seit längerem der Begriff der „chadecja“, der Christdemokratie, durch die politische Debatte in Polen. Zuletzt bemühte sich die Agrarpartei PSL unter ihrem Vorsitzenden Władysław Kosiniak-Kamysz um eine Positionierung als eigenständige christlich-soziale Kraft der Mitte. Der Versuch, sich durch eine gemeinsame Fraktion mit der Protestpartei des Rockmusikers Paweł Kukiz vom Image der „Bauernpartei“ und des ewigen Juniorpartners der PO zu befreien, scheiterte schließlich. Die PSL beendete die Zusammenarbeit, nachdem Kukiz den Konfrontationskurs der PiS bei den EU-Budgetverhandlungen unterstützt hatte.

Eine neue Formation, die sowohl liberale wie konservative Wähler ansprechen könnte, ist die Partei Polen 2050 des katholischen Publizisten und Fernsehmoderators Szymon Hołownia. Aktuelle Umfragen sehen ihn bereits als neuen Oppositionsführer<sup>6</sup>, was in gleichen Teilen auf seine Popularität wie auf die Schwäche der PO zurückzuführen ist. Das politische Projekt

---

<sup>6</sup> Social Changes, 20.11.2020

entstand aus der Bewerbung Szymon Hołownias um die Präsidentschaft 2020, die er anfangs als Außenseiter antrat.

Der Lockdown im Zuge der Corona-Pandemie reduzierte den Vorteil der etablierten Parteien im Straßenwahlkampf gegenüber dem charismatischen Quereinsteiger, der seine Wähler vor allem online über tägliche Live-Videos erreicht. Die morgendlichen Live-Schaltungen zu aktuellen politischen Themen werden hunderttausendfach abgerufen. Der Frontrunner der Parteineugründung vertritt ein soziales und ökologisches Programm mit christlich-konservativem Wertefundament, das „Generationen, nicht Legislaturperioden“ in den Blick nehmen will – daher der Parteiname. Der Parteienforscher Jarosław Flis spricht von einer „städtischen PSL“. Erklärtes Ziel der als „Bewegung“ firmierenden Partei ist es, die gesellschaftliche Polarisierung zu überwinden und das „Duopol“ aus PO und PiS zu durchbrechen.

In Polen wurden die Parteigründungen und Abspaltungen der vergangenen Jahre schließlich in größere Fraktionen oder Parteienbündnisse inkorporiert, da sie nicht in ausreichendem Maße eigene Wählergruppen erschließen bzw. sich nicht erfolgreich professionalisieren konnten. Szymon Hołownia will dies mit einem Dreiklang aus NGO, Partei und Thinktank verhindern. Die NGO Polen 2050, der Hołownia selbst vorsitzt, soll auch solche Bürger für das Projekt gewinnen, die parteipolitisches Engagement scheuen. Parteichef ist der Journalist Michał Kobosko. Im Sejm ist die Bewegung mit der Abgeordneten Hanna Gill-Piątek vertreten, die aus der linksliberalen Partei „Frühling“ abgeworben wurde. Darüber hinaus soll der Thinktank „Strategien 2050“ inhaltliche Arbeit leisten. Die bisher über Spenden finanzierte Bewegung steht nun vor der Herausforderung, eine tragfähige regionale, pluralistische Binnenstruktur aufzubauen und ein detailliertes Parteiprogramm zu entwickeln.

In Meinungsumfragen konnte Polen 2050 in den letzten Monaten als einzige Partei zulegen und sich als dritte Kraft nach PiS und PO positionieren. Die polnische Regierungskoalition käme derzeit bei Wahlen nicht auf eine Mehrheit. Eine Momentaufnahme, die aber belegt, dass die erfolgreiche Ansprache der politischen Mitte - anstelle des bisherigen polarisierten Lagerwahlkampfes - Aussicht auf neue Regierungsmehrheiten bietet. Nur ein miteinander konkurrierendes oppositionelles Parteienspektrum kann unterschiedliche Wählergruppen erreichen. Eine Neuauflage der Strategie eines gemeinsamen Oppositionsblocks unter Führung der Bürgerplattform würde deswegen scheitern, wie die Europawahlen 2019 und die Präsidentschaftswahlen 2020 exemplarisch gezeigt haben.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

David Gregosz

Leiter Auslandsbüro Polen

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

[www.kas.de/polen](http://www.kas.de/polen)

[david.gregosz@kas.de](mailto:david.gregosz@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0

(abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)